



Die sozialistische Arbeiterbewegung in Thüringen



**Eine Zeitleiste
zu politischen
Ereignissen
und Aktionen**

1918 bis 1923



Der Geschichte der Thüringer Arbeiterbewegung wurde in den letzten Jahren wieder ein größeres publizistisches Interesse entgegengebracht. Dies hängt nicht zuletzt mit den einhundertsten Jahrestagen zusammen, die beginnend mit dem Ersten Weltkrieg (1914 bis 1918) und der Novemberrevolution 1918 die Öffentlichkeit beschäftigt haben und immer noch beschäftigen.

In den kommenden Monaten und Jahren stehen mit dem Generalstreik zur Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920, der Gründung des Landes Thüringen am 1. Mai 1920 sowie der sozialistischen Landesregierung unter August Frölich (1921 bis 1923) weitere hundertjährige Jubiläen an, die mehr oder weniger die öffentliche Erinnerungen beschäftigen werden.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen veröffentlicht aus diesem Anlass eine Zeitleiste zu den politischen Ereignissen und Aktionen der Jahre 1918 bis 1923. Der Broschüre liegt zudem eine thematische Landkarte Thüringens bei.



Inhaltsverzeichnis

Einleitung von Mario Hesselbarth **3**

Zeitleiste **6**

Städtereister **40**

Impressum

© Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen, 2019

Text: Mario Hesselbarth

Redaktion: Walter Zimmermann und Lena Haubner

Gestaltung: Lena Haubner

Herstellung: Druckerei Schöpfel

Papier: Munken Pure

Schrift: Erbar © Jakob Erbar

Printed in Germany

Einleitung

Der Geschichte der Thüringer Arbeiterbewegung ist in den vergangenen Jahren wieder ein größeres publizistisches Interesse entgegengebracht worden. Das hängt nicht zuletzt mit den einhundertsten Jahrestagen zusammen, die beginnend mit dem Ersten Weltkrieg (1914–1918) und der Novemberrevolution 1918 die Öffentlichkeit beschäftigt haben und immer noch beschäftigen. In den kommenden Monaten und Jahren stehen mit dem Generalstreik zur Niederschlagung des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches im März 1920, der Gründung des Landes Thüringen am 1. Mai 1920 sowie der sozialistischen Landesregierung unter August Frölich (1921–1923) weitere hundertjährige Jubiläen an, die mehr oder weniger die öffentliche Erinnerungen beschäftigen werden.

Vor diesem Hintergrund wird mit dieser Zeitleiste zu politischen Ereignissen und Aktionen 1918 bis 1923 ein Überblick über wichtige Stationen auf dem Weg von Revolution, Landesgründung und sozialistische Reformpolitik in Thüringen vorgelegt, ohne das damit ein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann. Kennlich werden soll, dass die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik und hierin eingeschlossen im Land Thüringen den damaligen Zeitgenossinnen und Zeitgenossen nicht einfach in den Schoß fiel, sondern das Ergebnis harter politischer Auseinandersetzungen und Kämpfe darstellte. In ihnen hatte, ohne den Anteil der bürgerlich-demokratischen Kräfte zu ignorieren oder gering zu schätzen, gerade auch in Thüringen die sozialistische Arbeiterbewegung die Hauptlast getragen. Seit der Gründung des Deutschen Kaiserreiches 1871 war sie als Erbin des Vermächtnisses der Revolution von 1848/49 für soziale Gerechtigkeit und Demokratie sowie gegen kleinstaatliche Zersplitterung eingetreten. Zugleich hatte auch die Thüringer Arbeiterbewegung die Konsequenzen der Burgfriedenspolitik des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914, die die Arbeiterbewegung mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten am Beginn des Ersten Weltkrieges in die nationale Kriegsfront des Deutschen Kaiserreiches einreichte, zu spüren

bekommen. Mit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) Ostern 1917 in Gotha entstand eine zweite Arbeiterpartei, die sich zunächst in der Tradition der revolutionären Sozialdemokratie August Bebels verortete. Thüringen war von Beginn an eine ihrer Hochburgen.

Infolge dieser Entwicklung agierten innerhalb der Thüringer Arbeiterbewegung mit der Mehrheits- und unabhängigen Sozialdemokratie während der Novemberrevolution 1918 und den darauf folgenden Monaten und Jahren zwei und seit der Abspaltung der Kommunisten von der USPD Ende 1918 drei Arbeiterparteien, die sich hinsichtlich ihrer programmatischen Ziele und in ihrer politischen Praxis voneinander unterschieden und gegeneinander abgrenzten. Zugleich aber waren mit der Rätebewegung und weiteren parteiübergreifenden Organisationsformen an entscheidenden Punkten der Entwicklung bis 1923 die Aktionseinheit der sozialistischen Arbeiterschaft mehrfach wieder hergestellt worden.

Nicht zuletzt auf dieser Basis vermochte es die sozialistische Bewegung in Thüringen, die 1921 im Landtag bestehende proletarische Mehrheit zu nutzen. Die unter August Frölich gebildete sozialistische Regierung machte mit ihrer Reformpolitik das Land zu einem Hoffnungsträger der demokratisch-republikanischen Kräfte (Jürgen John). Das 1919 in Weimar von Walter Gropius gegründete und von der Regierung Frölich unterstützte Bauhaus steht hierfür symbolisch. Die gegen das Bauhaus gerichteten Angriffe seitens der bürgerlich-konservativen und extrem rechten Kräfte waren demgegenüber zugleich Ausdruck für deren demokratie- und republikfeindliche Haltung, an der letztlich die Weimarer Republik scheitern sollte. Obwohl sie sich nach der existentiellen Krise des Herbstes 1923 ab Mitte der 1920er Jahre kurzzeitig stabilisieren konnte, um Anfang der 1930er Jahre nicht zuletzt infolge der Weltwirtschaftskrise erneut in die Krise zu geraten, waren die entscheidenden Ursachen für ihr Scheitern bereits im Zeitraum 1918 bis 1923 mit gelegt worden, ohne dass sich ihr Untergang mit der Machtübergabe an Hitler und seine Nazi-Partei im Januar 1933 hieraus zwangsläufig ergeben musste. Die

blutige Unterdrückung der revolutionären Arbeiterschaft durch die mehrheitssozialdemokratisch-bürgerliche Ordnungs-koalition im Zeitraum 1919 bis 1923, die sich auch im gewalt-samen Vorgehen gegen die Regierung Frölich im November beziehungsweise Dezember 1923 zeigte, hatte in der Thürin-ger Arbeiterbewegung tiefe Spuren hinterlassen und zu ihrer endgültigen Spaltung geführt. Damit war das entscheidende Fundament der Republik bereits brüchig geworden, bevor die extreme Rechte zum Schlag gegen die Demokratie ausholen konnte. Die Sozialdemokratie, die in Thüringen eine wesentlich linkere Politik als die Reichspartei verfolgte, verstand sich von nun an als Verteidigerin der Weimarer Republik. Demgegen-über bekämpfte die Kommunistischen Partei die parlamen-tarische Demokratie erbittert, weil sie in Verkennungen ihres Wertes für die soziale Emanzipation der arbeitenden Menschen ein Rätssystem nach sowjetischem Vorbild erstrebte. In ihrem Kampf gegen die Republik verwarf die KPD alle demokra-tischen Grundsätze, denen sich die Thüringer Arbeiterbewe-gung verpflichtet gefühlt hatte. Es war daher kein Zufall, dass in Thüringen die innerparteiliche Opposition innerhalb der KPD besonders stark war und aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Wer jedoch nach den Ursachen für diese späteren Entwicklungen sucht, muss sich auch dem Zeitraum 1918 bis 1923 zuwenden.

Mario Hesselbarth

7. November

Auf dem Militärflugplatz Leina bei Altenburg und der Weimarer Garnison beginnen unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse in Norddeutschland und aus Protest gegen die Behandlung durch ihre Vorgesetzten die Soldaten zu revoltieren.

8. November

Auf dem Militärflugplatz Leina bei Altenburg, in Gotha, Weimar, Erfurt und Eisenach bilden sich erste Arbeiter- und Soldatenräte. In Erfurt und Weimar finden erste Demonstrationen und Kundgebungen statt.

9. November

Massendemonstrationen und Kundgebungen in Gotha, Erfurt, Jena, Altenburg, Mühlhausen, Gera und Greiz. Arbeiter- und Soldatenräte übernehmen die militärische und politische Macht.

Der Großherzog von Sachsen-Weimar verzichtet am Abend auf seinen Thron, nachdem die Abdankung Kaiser Wilhelms II. bekannt wird.

August Baudert wird vom Arbeiter- und Soldatenrat und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion mit der Übernahme der Regierung beauftragt. In Eisenberg und Arnstadt konstituieren sich ebenfalls Arbeiter- und Soldatenräte.

10. November

Es kommt zu Massendemonstrationen und Kundgebungen unter anderem in Jena, Weimar, Altenburg, Meinigen, Sondershausen, Suhl und Gera. Zudem konstituieren sich weitere Arbeiter- und Soldatenräte, zum Beispiel in Nordhausen, Saalfeld und Apolda.

In Gera dankt Fürst Heinrich XXVII am Abend ab.

Daraufhin übernimmt der Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats in dessen Auftrag die oberste Regierungsgewalt und bekennt sich zur »sozialistisch-republikanischen Staatsform«.

10. November

Herzog Bernhard III. von Sachsen-Meiningen erklärt seinen Rücktritt.

In Berlin wird der Rat der Volksbeauftragten als Revolutionsregierung, bestehend aus MSPD und USPD gebildet und von einer Delegiertenversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch bestätigt.

11. November

In Greiz erzwingt der Arbeiter- und Soldatenrat mit Unterstützung republikanischer Soldaten aus Gera den Rücktritt der Regierung. In Altenburg übernimmt der Arbeiter- und Soldatenrat die Kontrolle über die zivile Verwaltung. In Rudolstadt konstituiert sich ein Arbeiter- und Soldatenrat, dessen Forderungen von einer Massenversammlung bestätigt werden. Es finden Massendemonstrationen und -kundgebungen in Nordhausen, Saalfeld, Sömmerda, Pöfneck und Bad Langensalza statt. Auch hier übernehmen die Arbeiter- und Soldatenräte die lokale Macht.

12. November

In den Betrieben Gothas werden die bisherigen provisorischen Arbeiterräte von den Belegschaften neu gewählt.

In Altenburg ernennt der Herzog eine neue Regierung, die aus MSPD-Mitgliedern und bürgerlichen Ministern besteht.

In Meinigen tritt der Landtag zusammen. Es wird eine neue Regierung aus mehrheitssozialdemokratischen und bürgerlichen Ministern gebildet. In Sondershausen tritt der Landtag zusammen und beschließt bis zur Durchführung demokratischen Wahlen die Einsetzungen eines Landesrats, der sich aus Mitgliedern des Landtagsausschusses und des Arbeiter- und Soldatenrates zusammensetzen soll.

13. November

Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg erklärt seinen Thronverzicht.

13. November

Der Arbeiter- und Soldatenrat beschließt Grundsätze für die Räteorganisation in Sachsen-Altenburg. In Sondershausen übernimmt der Arbeiter- und Soldatenrat die lokale Macht.

14. November

Auflösung der Landtage in Sachsen-Weimar-Eisenach und Sachsen-Gotha auf Anordnung der Arbeiter- und Soldatenräte. In den beiden reußischen Staaten werden die Landtage auf unbestimmte Dauer vertagt und treten nicht mehr zusammen.

15. November

Auf Einladung des vom Weimarer Arbeiter- und Soldatenrates eingesetzten Ernährungskommissars Hermann Leber diskutieren in Weimar Delegierte der Arbeiter- und Soldatenräte aus ganz Thüringen mit Vertretern des Thüringer Ernährungsamtes Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung. Es nehmen Delegierte der Arbeiter- und Soldatenräte aus Pößneck, Stützerbach, Bürgel, Kahla, Stadtroda, Eisenberg, Jena, Löbstedt, Lobeda, Burgau, Rudolstadt, Saalfeld, Kranichfeld, Camburg, Creuzburg an der Werra, Altenburg, Eisenach, Coburg, Arnstadt, Sonneberg, Judenbach, Ilmenau, Roda bei Ilmenau, Neustadt an der Orla, Apolda, Gera, Naschhausen, Martinroda, Gera bei Ilmenau, Weimar, Bad Sulza, sowie Vertreter aus weiteren Orten, in denen »Arbeiterräte in Bildung begriffen sind« teil.

In Gotha übernimmt der Vollzugausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates die verfassungsgemäßen Zuständigkeiten des nicht mehr regierenden Herzogs. Der Gothaer Arbeiter- und Soldatenrat ruft zur Wahl lokaler Arbeiter- und Bauernräte auf. Der Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt tritt zusammen. Der Arbeiter- und Soldatenrat fordert den Rücktritt des Fürsten.

17. November

Bei der Landeskonferenz der MSPD Sachsen-Weimar steht unter anderem die Thüringenfrage zur Diskussion. Der Vorsitzende des Weimarer Soldatenrates kritisiert den Rat der Volksbeauftragten für seine Militärpolitik.

18. November

Der Vollzugausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats Gotha erklärt die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindeausschüsse ab dem 23. November für aufgelöst. Bis zu ihrer demokratischen Neuwahl sollen die lokalen Arbeiter- und Soldatenräte beziehungsweise die neu zu wählenden Arbeiter- und Bauernräte an deren Stelle treten.

19. November

In Sondershausen konstituiert sich der Landesrat. Er arbeitet »Landesgrundsätze« aus, die Schwarzburg-Sonderhausen zum »Sozialen Volksstaat« deklarieren.

21. November

In Meiningen treten 67 Delegierte der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte zu einer Landesversammlung der Sächsisch-Meiningischen Arbeiter- und Soldatenräte zusammen.

23. November

In Gera und in Greiz am 25. November konstituieren sich Bürgerräte zur Vertretung der politischen Interessen und Verteidigung der sozialen Privilegien des Bürgertums.

24. November

Konferenz der Arbeiter- Soldaten- und Bauernräte des Kreises Ziegenrück. 29 Orte sind durch siebzig Delegierte vertreten.

25. November

Günther von Schwarzburg-Sonderhausen verlässt als letzter deutscher Fürst seinen Thron.

25. November

Der Landtag beschließt die »Landesgrundsätze«. Otto Geithner stimmt als Vertreter Sachsen-Gothas auf der Staatenkonferenz in Berlin gegen einen frühen Wahltermin für die Nationalversammlung.

26. November

Die Landeskonferenz der USPD Gotha spricht sich für die Wahl einer Nationalversammlung aus. Der Rudolstädter Arbeiter- und Soldatenrat ruft zur Bildung von Ortsräten in den kleineren Ortschaften Schwarzburg-Rudolstadt auf.

30. November

In Weimar findet eine Konferenz der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Sachsen-Weimars statt.

2. Dezember

Der Arbeiter- und Soldatenrat Gera bildet eine Sicherheitskompanie.

3. Dezember

Der Erfurter Bürgerrat lehnt die ihm angebotenen drei Sitze (vom 72 Sitzen) im neu zu bildenden Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt ab.

4. Dezember

In Erfurt tagt eine Konferenz des Arbeiter- und Soldatenrates des Regierungsbezirks. 49 Orte sind durch 54 Delegierte vertreten.

8. Dezember

In Arnstadt findet eine Zentraltagung der Arbeiter- und Soldatenräte der Oberherrschaft Schwarzburg-Sondershausen statt, an der 85 Delegierten aus 25 verschiedenen Orten teilnehmen.

In Jena versammelt sich das linksliberale Bürgertum Thüringens und konstituiert einen Landesverband der Deutschen Demokratischen Partei (DDP).

9. Dezember

Die Erfurter Volkswehr wird gebildet.

10. Dezember

Die Bezirkskonferenz der Thüringer Arbeiter- und Soldatenräte spricht sich für eine deutsche Einheitsrepublik mit einer Verwaltungsprovinz Thüringen aus.

12. Dezember

In Bad Blankenburg findet eine Landeskonferenz der Ortsräte Schwarzburg-Rudolstadt statt. Auf ihr vertreten 119 Delegierte 71 Orte.

16. Dezember

In Weißensee entwaffnet die Wachkompanie des Sömmerdaer Arbeiterrates eine Militäreinheit, die zuvor die rote Fahne, das Wahrzeichen der Revolution, vom Rathaus und vom Landratsamt entfernt hatte.

16. bis 21. Dezember

Der Reichsrätekongress findet in Berlin statt. Eine Delegiertenberatung aus ganz Deutschland beschließt den 19. Januar 1919 als Wahltermin für die Nationalversammlung. Sie fordert eine Demokratisierung des Militärs und die Sozialisierung der hierzu reifen Betriebe. Aus Thüringen nehmen unter anderen August Frölich und August Baudert teil.

19. Dezember

Der Verband der Thüringischen Industriellen fordert vom Rat der Volksbeauftragten die Aufhebung des vom Arbeiter- und Soldatenrates Reuß erlassenen Mindestlohngesetzes.

Die Konferenz des USPD-Bezirks Thüringen in Erfurt schlägt der MSPD eine gemeinsam, paritätisch besetzte Landesliste zur Wahl der Nationalversammlung vor. Sie stellt die Bedingung, dass belastete Genossen, also jene, die die Burgfriedenspolitik unterstützt hatten, nicht berücksichtigt werden.

21. Dezember

Die Arbeiter- und Soldatenräte in Gera und Greiz beschließen die Bildung des gemeinsamen Volksstaates Reufj.

27. Dezember

Die MSPD Bezirkskonferenz lehnt das USPD-Angebot über eine gemeinsame Liste für die Wahl der Nationalversammlung mehrheitlich ab.

30. Dezember

Der Arbeiter- und Soldatenrat Gotha bildet eine Sicherheitswehr, nachdem einige Unteroffiziere der Fliegerersatzabteilung 3 den Vorsitzenden des Soldatenrates in ihre Gewalt und dem Rat der Volksbeauftragten ein Ultimatum gestellt hatten.

31. Dezember

In Berlin beschließt eine Reichskonferenz des Spartakusbundes seine Abspaltung von der USPD. Sie konstituiert sich als Gründungsparteitag der KPD. Aus Thüringen nehmen mit Karl Klein, Hermann Lindemann, Hermann Schulz und Edwin Morgner vier Delegierte teil.

1919

1. Januar

Die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP), die monarchistische Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und der rechtskonservative Thüringer Landbund bilden für die Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar ein Wahlbündnis.

2. Januar

Eine Erfurter Ortsgruppe der KPD wird gegründet.

9. Januar

Der nun als Landes-Arbeiter- und Soldatenrat agierende erweiterte Weimarer Arbeiter- und Soldatenrat soll »gemäß der von den Arbeiter- und Soldatenräten von Sachsen- Weimar-Eisenach übertragenen Befugnisse die Kontrolle über die provisorische Regierung« ausüben.

12. Januar

Es finden Massendemonstrationen in Erfurt gegen die Reichsregierung aufgrund der Berliner Januarkämpfe statt.

14. Januar

In Erfurter Betrieben kommt es zum Generalstreik.

15. Januar

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden von Freikorpsstruppen unter Einwilligung der SPD verhaftet, in »Schutzhaft« genommen und ermordet.

Nach Bekanntwerden der Ermordung rufen die Arbeiter- und Soldatenräte in nahezu allen Städten Thüringens zu Protestaktionen auf. Es finden massenhafte Demonstrationen und Kundgebungen statt. Teilweise wird gestreikt.

19. Januar

Die Wahl der Nationalversammlung findet statt.

1919

31. Januar

Die Absicht der Reichsregierung, zum Schutz der Nationalversammlung Freikorpsstruppen nach Weimar verlegen zu wollen, löst heftige Proteste bei den Thüringer Arbeiter- und Soldatenräte aus.

Ein Vorauskommando der Regierungstruppen wird vom Weimarer Soldatenrat entwaffnet.

Februar

In Erfurt wird ein von lokalen Wirtschaftsverbänden und Arbeitgebern finanziertes Freiwilligenkorps für Thüringen aufgestellt.

3. Februar

Die Thüringer Soldatenräte beschließen auf ihrer Tagung in Eisenach, die Nationalversammlung schützen zu wollen. Sie müssen sich aber schließlich der Übermacht der Regierungstruppen beugen.

Weimar wird von 6000 Freikorpsoldaten hermetisch abgeriegelt.

6. Februar

Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar

9. Februar

Ein Putschversuch gegen den lokalen Arbeiter- und Soldatenrat wird von der Erfurter Volkswehr ohne Waffengewalt unterdrückt.

18. Februar

Gotha wird durch Freikorpsstruppen militärisch besetzt.

Die Arbeiterschaft tritt in einen Generalstreik ein, der vom Bürgertum unter dem Schutz der Freikorpsstruppen mit einem Gegenstreik beantwortet wird.

22. Februar

In mehreren Städten West-Thüringens wird der Generalstreik ausgerufen.

Bad Langensalza wird von Freikorpstruppen militärisch besetzt.

23. Februar

Die Bezirkskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte fordert den Rückzug der Freikorpstruppen aus Thüringen, die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sofortige Sozialisierung der Bergwerke sowie die Einsetzung von Betriebsräten mit weitgehenden Kontrollrechten. Eine in Halle tagende mitteldeutsche Bergarbeiterkonferenz beschließt den Generalstreik, der am 24. Februar beginnt.

25. Februar

Auch in Erfurt beginnt der Generalstreik. In Meuselwitz treten die Bergarbeiter zur Unterstützung der Forderungen der Bergarbeiterkonferenz in Halle in einen Streik.

27. Februar

In Gotha beschließt die Arbeiterschaft die Fortsetzung ihres Generalstreiks zur Unterstützung des Mitteldeutschen Generalstreiks. Die Suhler Arbeiterschaft schließt sich dem Generalstreik ebenfalls an.

3. bis 6. März

In Berlin beschließt der Außerordentliche USPD-Parteitag einen Kompromiss in der Rätefrage. Die Räte sollen in das parlamentarische System eingebaut werden. Aus Thüringen nehmen unter anderen Curt Böhme, Heinrich Knauf, Hermann Brill und Otto Geithner als Delegierte teil. Wilhelm Bock wird in die Kontrollkommission gewählt.

8. März

Der mitteldeutsche Generalstreik endet, nachdem die Reichsregierung die Verankerung der Betriebsräte in der zukünftigen Verfassung zugesichert hatte. Die weitergehenden Forderungen der Streikenden hinsichtlich der Anerkennung der Arbeiterräte und der Sozialisierung des Bergbaus bleiben hingegen unerfüllt.

10. März

Es endet der Generalstreik in Gotha.

26. April

Nach der Besetzung Jenas durch Freikorpsstruppen tritt die Arbeiterschaft in einen Generalstreik. Ein von MSPD, USPD und KPD gebildeter Aktionsausschuss fordert in einem Aktionsprogramm den sofortigen Rückzug der Truppen und spricht sich für die Sozialisierung, die Diktatur des Proletariats und das Rätssystem aus.

1. Mai

In Jena und Gera demonstrieren tausende Arbeiterinnen und Arbeiter für das Jenaer Aktionsprogramm.

8. Mai

Die Bezirkskonferenz der Thüringer Arbeiterräte schließt sich dem Jenaer Aktionsprogramm an.

6. und 7. Juni

In ganz Thüringen folgen tausende Arbeiterinnen und Arbeiter einem Beschluss der Bezirkskonferenz der Thüringer Arbeiterräte und protestieren mit Streiks, Demonstrationen und Kundgebung gegen die Hinrichtung des Eugen Levinés, dem Vorsitzenden der Münchner KPD und Führer der 2. Münchner Räte-republik

10. bis 15. Juni

Reichsparteitag der MSPD in Weimar. Die wenigen Befürworter des Rätegedanken (unter anderen Eduard Zschimmer aus Jena) können sich mit ihren Vorstellungen nicht durchsetzen.

21. Juli

Arbeiter in Jena und Gotha beteiligen sich am Versuch eines internationalen Demonstrationsstreiks gegen den Versailler Vertrag.

Mitte August

Gegen den Einmarsch von Freikorpsoldaten protestiert die Arbeiterschaft von Suhl und Zella-Mehlis und droht mit einem Generalstreik

6. September

Gegen das von der Gothaer USPD-Landesregierung am 25. August erlassene Verbot des Schulfaches Religion und des Schulgebetes kommt es von Seiten des Bürgertums zu Schulstreiks, Schülerdemonstrationen und Elternprotesten.

28. September

Auf dem außerordentlichen USPD Bezirksparteitag Thüringen in Erfurt zeigt sich das starke Anwachsen der USPD. Die Konferenz erzielt keine Einigkeit in der Frage der Internationale.

November

Es finden Kundgebungen und Demonstrationen aus Anlass des ersten Jahrestages der Revolution unter anderem in Gotha und Jena statt.

In Jena hebt die Polizei ein illegales Waffenlager des Zeitfreiwilligenverbandes aus. Diese bürgerlichen Verbände wollten mit Waffengewalt eine kommunistische Machtübernahme verhindern.

1919

30. November bis 6. Dezember

Der Außerordentliche USPD Parteitag in Leipzig bekennt sich zum Rätssystem und zur Diktatur des Proletariats und plädiert für einen gemeinsamen internationalen Zusammenschluss aller revolutionären Parteien einschließlich der in der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Parteien.

Dezember

»Eine große Anzahl Weimarer Bürger« erklärt sich gegen das Bauhaus und fordert den Erhalt der alten Kunstschule.

16. Dezember

Der Thüringer Volksrat konstituiert sich aus Vertretern der kleinstaatlichen Landtage. Er soll den Zusammenschluss des Landes Thüringens durch Ausarbeitung einer Verfassung vorbereiten. In ihm haben die beiden Arbeiterparteien MSPD und USPD aufgrund der Wahlergebnisse im Frühjahr 1919 zu den kleinstaatlichen Landtagen eine Mehrheit.

1920

13. Januar

Vor dem Reichstag in Berlin kommt es während einer Massenkundgebung gegen das geplante Betriebsrätegesetz zu Waffengewalt seitens der Regierungstruppen gegen die protestierenden Arbeiter. Daraufhin wird der seit Dezember 1919 aufgehobene Ausnahmezustand erneut verhängt und USPD und KPD massiv unterdrückt.

18. Januar

Es kommt zur faktischen Spaltung der KPD in Thüringen aufgrund der Auseinandersetzung um die Heidelberger Leitsätze, mit denen die Parteizentrale um Paul Levi die kommunistische Partei zur Beteiligung an den Parlamentswahlen und zur Mitarbeit in den Gewerkschaften verpflichten will.

Februar

Auch in Thüringen werden die USPD-Zeitungen bis Ende des Monats verboten.

13. März

In Berlin kommt es zum Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. In Ostthüringen stellt sich die Reichswehr auf die Seite der Putschisten und versucht, die Landesregierungen in Altenburg, Gera und Weimar abzusetzen. In Westthüringen verhält sich die Reichswehr »neutral«, richtet ihre Aktivitäten jedoch auch hier gegen die Arbeiterschaft, die sofort nach Bekanntwerden des Putsches in Gotha und Erfurt noch am 13. März in den Generalstreik eintritt.

Zu dessen Organisation bildet die Arbeiterschaft Aktionsausschüsse unter anderem in Zella Mehlis, Saalfeld, Greiz, Zeulenroda, Jena und Weimar. Die Landesregierungen stellen sich ebenfalls gegen die Putschisten.

1920

14. März

In Altenburg, Eisenberg, Hermsdorf, Stadtroda, Kahla, Rudolstadt und Schleiz werden weitere Aktionsausschüsse gebildet. In Suhl demonstriert die Arbeiterschaft massenhaft gegen den Putsch und entwapfnet den Zeitfreiwilligenverband des Bürgertums.

In Weimar und Gera bilden bürgerliche Politiker auf Veranlassung des stellvertretenden Kommandeurs der putschenden Reichswehrbrigade elf Gegenregierungen, die sich jedoch bereits einen Tag später infolge der Abwehraktionen der Arbeiterschaft auflösen.

15. März

In ganz Thüringen setzt der Generalstreik ein. In Gera kommt es zu dramatischen Auseinandersetzungen, als unbewapfnete Arbeiter das Rathaus stürmen, nachdem die putschende Truppen von hier auf die Zivilbevölkerung geschossen hatten. Im Verlauf des Tages bekommt die Arbeiterschaft die Kontrolle über die Stadt, so dass die nach Greiz ausgewichene Landesregierung in die Hauptstadt des Volksstaates Reufl zurückkehren kann.

In Weimar sterben bei einem Feuerüberfall durch die Putschisten vor dem Volkshaus neun Menschen. In Suhl kommt es zu schweren Kämpfen zwischen den aus Meinigen herangerückten Reichswehreinheiten und bewapfneten Arbeiterwehren, die Verstärkung aus Zella-Mehlis erhalten haben.

Die Auseinandersetzungen enden mit dem Erfolg der Arbeiterschaft und lösen in ganz Südthüringen eine Welle von Abwehraktionen gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorf-Putsch aus. In Ilmenau, Sonneberg, Neuhaus, Hildburghausen, Geschwenda, Geraberg und einer Vielzahl weiterer Orten bilden Arbeiter Aktionsausschüsse zur Abwehr des Putsches.

16. März

Der Geraer Aktionsausschuss ruft in Erwartung weiterer Angriffe auf den Volksstaat Reuß und zur Fortführung des revolutionären Kampfes für den Sozialismus zur Bildung einer »Roten Armee« auf.

Süd- und Ostthüringen sind weitgehend unter der Kontrolle der verfassungsgemäßen Landesregierungen und der Aktionsausschüsse, Erfurt, Gotha und Weimar hingegen von der Reichswehr besetzt.

17. März

Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch scheitert in Berlin endgültig.

Die Gewerkschaften, der Angestelltenverband und der Beamtenbund fordern in einem Neun-Punkte-Programm den Rücktritt von Reichswehrminister Noske, die Bestrafung der Putschisten, Auflösung der Bürgerwehren und eine völlige Neuformierung des Sicherheitsdienstes durch die organisierte Arbeiterschaft, neue Sozialgesetze sowie entschiedene Maßnahmen zur Demokratisierung der Verwaltung, betriebliche Mitbestimmung, Sozialisierung des Bergbaus und der Energieerzeugung. Bis zur Erfüllung ihrer Forderungen soll der Generalstreik fortgesetzt werden. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schlägt die Bildung einer Arbeiterregierung vor.

In Schmalkalden übernimmt der Aktionsausschuss mit Unterstützung Suhler Arbeiter die lokale Macht.

18. März

Nach eindringlichen Forderungen August Bauderts als Mitglied der verfassungsgemäßen Landesregierung zieht die Reichswehr aus Weimar ab.

In Meiningen erzwingt die Arbeiterschaft den Abzug der Garnison.

In Gotha kommt es zu blutigen Kämpfen zwischen der Reichswehr und bewaffneten Arbeiterformationen aus Gotha und Suhl.

1920

20. März

Bei Zickra in Ostthüringen umstellen und entwerfen Geraer und Greizer Arbeiterwehren zwei Plauener Reichswehrcapitane.

22. März

In Jena einigen sich die in einem Arbeiterrat gemeinsam agierenden USPD und KPD mit der MSPD auf ein gemeinsames Aktionsprogramm. Per Urabstimmung beschließt die Arbeiterschaft das Ende des Generalstreiks.

23.–26. März

Die Erfurt Reichswehr ermordet und misshandelt mehrere Arbeiter in Schallenburg, Tunzenhausen und Sömmerda.

25. März

Angehörige der Marburger Sturmkompanie ermorden bei Mechterstedt fünfzehn Arbeiter aus Thal.

30. März

Die bürgerlichen und MSPD-Abgeordneten des Gothaer Landtages legen ihre Mandate nieder, um das Landesparlament handlungsunfähig zu machen.

10. April

Es gibt eine Reichsexekution gegen die Republik Gotha. Die Gothaer USPD-Landesregierung wird dadurch abgesetzt und die Neuwahl des Landtages angeordnet.

1. Mai

Das Land Thüringen wird gebildet.

30. Mai

Bei der Landtagswahl in Gotha erreicht der Ende April 1920 gebildete antisozialistische, bürgerliche Ordnungsbund gegenüber der USPD eine Mehrheit von einem Mandat und stellt die neue Landesregierung.

6. Juni

Die Reichstagswahl findet statt.

20. Juni

In Thüringen findet die Landtagswahl statt.

Ende Juni

Die Landeskonferenz der USPD plädiert für eine rein sozialistische Landesregierung. Sie muss jedoch, angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Thüringer Landtag, auch auf die bürgerliche demokratische Partei (DDP) zugehen.

Juli

In Gotha formiert sich aus den Angehörigen der im Herbst 1919 unter der Ägide der Reichswehr gebildeten Sturmkompanie, die während und nach dem Kapp-Lüttwitz-Ludendorf-Putsch teilweise mit brutaler Gewalt gegen die Arbeiterschaft vorgegangen waren, der Jungdeutsche Orden.

20. Juli

Die drei bürgerlichen Fraktionen (DVP, DNVP, Landbund) des ersten Thüringer Landtages bilden eine Fraktionsgemeinschaft, um der USPD als stärkster Fraktion das ihr zustehende Amt des Landtagspräsidenten streitig zu machen.

Daraufhin bilden MSPD und USPD ebenfalls eine Fraktionsgemeinschaft und wählen mit Unterstützung der DDP-Abgeordneten Arthur Drechsler (USPD) zum ersten Thüringer Landtagspräsidenten.

31. Juli

Der MSPD-Landtagsabgeordnete August Frölich lehnt seine Wahl durch die bürgerliche Landtagsmehrheit als Minister in einer bürgerlichen Regierung ab. Damit ist die Regierungsbildung zunächst gescheitert.

Der USPD-Antrag zur Auflösung des Landtages wird abgelehnt.

Ende Juli

Die USPD schlägt die Bildung eines Abwehrministeriums gegen die sich ausbreitende Reaktion vor. Die DDP lehnt das Angebot ab.

7. August

In einem gemeinsamen Aufruf fordern die drei Arbeiterparteien und die Führung der Gewerkschaften die Einhaltung der Neutralität Deutschlands im Russisch-Polnischen Krieg und die Verhinderung von Waffentransporten. Daraufhin kommt es auch in Thüringen zur Solidaritätskundgebung mit Sowjetrußland und zur Bildung von Kontrollausschüssen zur Unterbindung von Waffentransporten.

29. August

Die USPD-Landeskonferenz unterstützt die Haltung der USPD Landtagsfraktion, den maßgebenden Einfluss der USPD in einer Landesregierung unter ihrer Beteiligung zu beanspruchen.

September

Emil Höllein, Redakteur der in Jena erscheinenden USPD-Parteizeitung *Neue Zeit*, plädiert in einer Artikelserie gegen eine Spaltung der USPD und setzt sich kritisch mit den 21 Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale auseinander, deren wesentlichen Kern er ablehnt.

Oktober

Es kommt zur Spaltung der USPD auf dem Parteitag in Halle. Auch in Thüringen spaltet sich der Bezirksverband. Die linken USPD-Hochburgen Suhl, Gotha, Erfurt, Jena gehen mehrheitlich zur Kommunistischen Internationale über und vereinigen sich in den darauffolgenden Wochen mit der KPD. Die zentristischen Verbände in Ost-Thüringen und Nordhausen verbleiben in der USPD.

8. November

MSPD und DDP einigen sich in Weimar auf die Bildung einer Minderheitsregierung, die von der USPD im Landtag toleriert wird.

30. November

Auf einem Bezirksparteitag in Erfurt vereinigen sich KPD und USPD (Linke) zur Vereinigten Kommunistischen Partei (VKPD) in Thüringen.

8. Januar

Die Zentrale der VKPD in Berlin schlägt den anderen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in einem offenen Brief ein konkretes Aktionsprogramm gegen die politischen und sozialen Folgen der krisenhaften Nachkriegsentwicklung vor.

März

Die März-Aktion der VKPD scheitert. In Thüringen findet der VKPD-Aufruf zum Generalstreik nur wenig Unterstützung. Auch hier verliert die gerade gebildete Vereinigte Kommunistische Partei einen Großteil ihrer Mitglieder. Aufgrund seiner Kritik an dieser Aktion, wird der bereits zuvor nach Differenzen mit der Führung der Kommunistischen Internationale in Moskau vom Vorsitz der VKPD zurückgetretene Paul Levi im April 1921 aus der Partei ausgeschlossen.

April

Walter Ulbricht wird Politischer Sekretär der VKPD Thüringen. Die Thüringer MSPD-DDP-Minderheitsregierung stürzt in eine Krise. Die drei Arbeiterparteien MSPD, USPD und KPD wehren den Versuch der DDP ab, die vereinigte Rechtsfraktion in die Regierung aufzunehmen.

10. Mai

Die MSPD tritt in Berlin in die Reichsregierung unter dem Zentrumspolitiker Joseph Wirth als Reichskanzler ein.

Juni

Der Thüringer Landtag löst sich in Weimar auf, nachdem die DDP-MSPD-Minderheitsregierung mit einem Gesetzentwurf an der aus den bürgerlichen und vier VKPD-Abgeordneten bestehenden Landtagsmehrheit scheitert.

Ende Juli

Es kommt zur vorzeitigen Auflösung des Landtages, weil die vier KPD-Abgeordneten einem Gesetzentwurf der Regierung ihre Unterstützung versagen.

22. bis 26. August

Der Parteitag der VKPD knüpft in Jena mit der beschlossenen Einheitsfrontpolitik an den Offenen Brief vom 8. Januar an.

26. August

Der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger wird durch die faschistische Geheimorganisation Consul ermordet.

Ende August bis Anfang September

Auch in Thüringen, unter anderem in Gera, Jena, Weida, Neustadt an der Orla, Rudolstadt und Sonneberg, demonstrieren tausende Menschen, hierzu von den drei Arbeiterparteien aufgerufen, gegen die von den rechts-extremen Republikfeinden begangenen politischen Morde.

11. September

Die Wahl des Zweiten Thüringer Landtages ergibt eine knappe Mehrheit für MSPD, USPD und KPD.

14. September

Die USPD-Bezirksleitung ruft in Erfurt die weiteren Arbeiterparteien zur Bildung einer sozialistischen Regierung auf.

18. bis 24. September

Der Parteitag der MSPD beschließt in Görlitz das »Görlitzer Programm«, dessen Entwurf von der Thüringer MSPD zuvor wegen seiner revisionistischen Ausrichtung kritisiert worden war. Der Jenaer Delegierte Paul Kifß kritisiert die Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien.

5. Oktober

Auf Einladung der MSPD verhandeln die drei Arbeiterparteien in Weimar über die Bildung einer sozialistischen Regierung. Die KPD lehnt den Eintritt in eine solche Regierung ab. Sie ist ebenso wenig bereit, den beiden sozialdemokratischen Parteien die geforderte Zusicherung zu geben, allen von ihnen eingebrachten Gesetzentwürfen zuzustimmen. Sie ermöglicht jedoch mit ihrer Zusicherung, die sozialdemokratischen Minister im Landtag mitzuwählen und dem Landeshaushalt zuzustimmen, die Bildung einer sozialistischen Regierung.

7. Oktober

In Weimar wird die sozialistische Regierung unter August Frölich durch den Landtag gewählt. Mit ihren Verwaltungs- und kommunalpolitischen Reformen und der »Greilschen Schulreform« nimmt die neue Regierung wichtige Vorhaben zur sozialen und demokratischen Ausgestaltung des Landes in Angriff.

21. November

Das Zehn-Punkte Programm des ADGB wird in Berlin beschlossen. Es fordert unter anderem die Sozialisierung des Kohlenbergbaus und eine Beteiligung des Reiches an den Sachwerten.

1923

Januar

Angesichts der dramatischen Verschlechterung der sozialen Situation der Arbeiterschaft und der aus ihrer Sicht inaktiven Rolle der Gewerkschaften bei deren Bewältigung, etabliert sich von Berlin ausgehend eine Betriebs- und Kontrollausschussbewegung, die das Zehn-Punkte Programm des ADGB mit außerparlamentarischen Mitteln umsetzen will. In dieser Bewegung erlangt die KPD zunehmenden Einfluss. In Ihrem Einheitsfrontkonzept nimmt die Betriebs- und Kontrollausschussbewegung einen maßgebenden Platz ein. In Thüringen werden bis zum Sommer 1923 in den meisten größeren Orten wie Erfurt, Gera und Jena solche Ausschüsse gebildet.

März

Im Umfeld des vom Jungdeutschen Orden bewusst als Provokation angesetzten »Jungdeutschen Tages« kommt es zu massiven und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Ordensangehörigen und kommunistischen Arbeitern.

16. April

Zwischen Deutschland und Sowjetrußland wird der Vertrag von Rapallo zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen unterzeichnet. Beide Seiten verzichten auf die Erstattung von Kriegskosten und wollen ihre Wirtschaftsbeziehungen verbessern.

Mai 1922

In Gotha gründen Mitglieder des Jungdeutschen Ordens eine Ortgruppe der NSDAP.

24. Juni

In Berlin wird der Außenminister Walther Rathenau durch die faschistische Geheimorganisation Consul ermordet.

27. Juni

Die Vorstände von MSPD, USPD, KPD, ADGB und Afa-Bund einigen sich in Berlin in Reaktion auf die Ermordung Walthers Rathenaus im sogenannten Berliner Abkommen auf konkrete Forderungen zum Schutz der Republik.

Juli

In Reaktion auf die Ermordung Rathenaus verbietet die Thüringer Landesregierung rechtsextreme Organisationen, darunter den Jungdeutschen Orden und die NSDAP.

5. Juli

Zur Durchsetzung des Berliner Abkommens kommt es auch in Thüringer Städten zu gemeinsamen Protestaktionen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen zum Schutz der Republik werden Kontrollausschüsse eingesetzt.

14. Juli

In Berlin bildet sich eine Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen.

21. Juli

Eine USPD-Funktionärskonferenz begrüßt in Erfurt die eingeleiteten konkreten Schritte zur Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien.

29. August

Die Zentralleitungen von MSPD und USPD beschließen, in Berlin die Wiedervereinigung ihrer Parteien vorzubereiten.

20. bis 23. September

Der außerordentliche USPD-Parteitag in Gera beschließt die Wiedervereinigung mit der MSPD. Sie wird am 24. September auf dem gemeinsamen Parteitag in Augsburg endgültig beschlossen. Der Gothaer Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bock (USPD) hält eine der beiden Eröffnungsreden.

22. November

In Berlin wird eine neue Reichsregierung unter Reichkanzler Cuno gebildet, die einen erheblichen Rechtsruck bedeutet.

23. bis 25. November

In Berlin findet der Reichsbetriebsrätekongress statt.

17. Dezember

Auf einem gemeinsamen Bezirksparteitag in Erfurt vereinigen sich MSPD und USPD zur VSPD in Thüringen. Die wiedervereinigte sozialdemokratische Partei in Thüringen spricht sich gegen eine große Koalition auf Reichsebene aus und kritisiert die Reichstagsfraktion für ihre Tolerierung der Cuno-Regierung.

1923

7. Januar

Der Thüringer Landesverband der Deutsch-Völkischen-Freiheitspartei wird in Erfurt gegründet.

10. Januar

Die KPD fordert aus Berlin, ohne Erfolg, die VSPD, den ADGB und den AfA-Bund zu gemeinsamen Aktionen gegen die drohende Besetzung des Ruhrgebietes auf.

11. bis 16. Januar

Das Ruhrgebiet wird durch französische und belgische Truppen besetzt, vorgeblich weil Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag nicht nachkommt.

11. Januar

Die KPD Bezirksleitung ruft die Arbeiterschaft zum gemeinsamen Kampf gegen die Besetzung des Ruhrgebietes auf.

12. bis 15. Januar

In den größeren Städten Thüringens kommt es zu Protestkundgebungen der Arbeiterschaft gegen die Besetzung des Ruhrgebietes.

13. Januar

Der von Reichskanzler Cuno ausgerufene passive Widerstand führt in Deutschland zu schweren wirtschaftlichen Schäden zulasten der arbeitenden Bevölkerung. Sie zeigen sich vor allen in einer massiven Geldentwertung (Inflation und Hyperinflation), die das Land im Sommer und Herbst 1923 in eine schwere politische Krise stürzt. Von dieser Entwicklung profitieren vor allem rechtsextreme Kräfte und die NSDAP unter Hitler.

20. Januar

Der Thüringer Innenminister Karl Hermann scheidet vor dem Leipziger Staatsgerichtshof mit seinem am 28. Juni 1922 aus Anlass der Ermordung Walter Rathenaus verhängten Verbot des Jungdeutschen Ordens.

28. Januar

Der Parteitag der KPD in Leipzig beschließt nach heftigen Debatten Leitlinien zur Arbeiterregierung.

Februar

Es bilden sich erste proletarische Hundertschaften in Thüringen. Sie unterbinden am 23. Februar in Erfurt, am 24. Februar in Jena und am 25. Februar in Gera Auftritte des deutsch-völkischen Reichstagsabgeordneten Wulle.

11. März

Die Erste Gesamtkonferenz der proletarischen Abwehrorgane Großthüringens findet in Erfurt statt. Sie fordert parteiübergreifenden, proletarischen Selbstschutz. Zu diesem Zeitpunkt gibt es 315 Stützpunkte der proletarischen Hundertschaften, in denen vorrangig KPD-Mitglieder, vereinzelt auch SPD-Mitglieder, organisiert sind.

21. März

In Dresden bildet sich eine von der KPD tolerierte, sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Erich Zeigner. Der SPD-Parteivorstand wendet sich gegen die Zusammenarbeit von SPD und KPD.

Mai und Juni

Die Verhandlungen zwischen VSPD und KPD in Weimar über die Bildung einer gemeinsamen Landesregierung scheitern. Beide Parteien veröffentlichen mit eigenen Broschüren ihre jeweiligen Sichten.

1923

16. Mai

In einer an die Reichsregierung gerichteten »Denkschrift über die politischen Verhältnisse« bezeichnet die bürgerliche Landtagsopposition (Thüringer Landbund, DNVP, DVP und DDP) die Politik der SPD-Landesregierung als kommunistisch beeinflusst und verfassungswidrig.

14. Juni

Im Ergebnis einer zwischen der bürgerlichen Landtagsopposition und dem Reichsinnenministerium stattgefundenen Unterredung wird der Thüringer Regierung eine verfassungskonforme Politik bescheinigt.

21. Juni

Auf der Tagung des EKKI in Moskau analysiert Clara Zetkin die soziale Basis des Faschismus, dessen Programm große Anziehungskraft auf die Massen ausübe. Karl Radek hält seine Schlageter-Rede.

29. Juli

Die KPD ruft zum Antifaschisten-Tag auf. In Erfurt, Gera, Saalfeld, Ilmenau und weiteren Thüringer Städten demonstrieren tausende Menschen gegen die zunehmenden faschistischen Aktivitäten.

In Weimar treffen sich dreißig Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und fordern die Fraktion zum Kampf gegen die Cuno-Regierung, gegen den Faschismus und zum Zusammenarbeiten mit den Kommunisten auf.

1. bis 10. August

Angesichts der sich zunehmend verschlechternden sozialen Situation kommt es in Eisenach, Gera, Weida, Apolda, Eisenberg, Bad Frankenhausen und Sondershausen zu Streiks. In Greiz, Weimar und weiteren Städten kommt es zu Demonstrationen.

10. August

Die KPD stellt im Deutschen Reichstag einen Misstrauensantrag gegen die Cuno-Regierung.

11. bis 13. August

In vielen Thüringer Städten gibt es Generalstreiks gegen die Cuno-Regierung, maßgeblich auf Initiative der KPD.

11. August

Die Cuno-Regierung tritt zurück.

14. August

In Berlin bildet sich eine Große Koalition unter Gustav Stresemann (DVP) als Reichskanzler. Die SPD stellt vier Minister. Eine Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fordert als Alternative zur Großen Koalition den Kampf gegen die Bourgeoisie. Die KPD bricht den Generalstreik ab. Im Ergebnis der Ereignisse vom 11. bis 14. August beschließt die Führung der Kommunistischen Internationale in Moskau, in Deutschland eine Revolution durchzuführen.

22. August

Der Reichsausschuss der durch einen Erlass des preußischen Innenministers Severing (SPD) in Preußen verbotenen Betriebsrätebewegung setzt seine Tätigkeit von Jena aus fort. Die sozialistische Regierung Thüringens weigert sich, den Forderungen der Reichsregierung und des Bürgertums nach einem Verbot der Betriebsrätebewegung nachzukommen.

23. August

Der maßgeblich unter dem Einfluss der KPD stehende Landesausschuss der Betriebsräte und Kontrollausschüsse Großthüringens ruft zur Einberufung eines Betriebsrätekongresses auf, der nach den Vorstellungen der KPD-Bezirksleitung das Programm einer Arbeiterregierung in Thüringen ausstellen soll. Zahlreiche Gewerkschaftsortskartelle schließen sich diesem Aufruf an.

29. August

Der Landesausschuss der Betriebsräte und Kontrollausschüsse Großthüringens beschließt Richtlinien für die Wahl von Delegierten zu einem Betriebsrätekongress. Er soll am 9. September stattfinden, wird jedoch zunächst abgesagt.

11. September

Die KPD-Fraktion im Thüringer Landtag stimmt in Weimar einem Misstrauens-Antrag der bürgerlichen Fraktionen gegen die sozialdemokratische Minderheitsregierung im Landtag zu, lehnt aber gemeinsam mit der VSPD-Landtagsfraktion den ebenfalls von den bürgerlichen Fraktionen gestellt Antrag auf Auflösung des Landtages ab. In vielen Städten und größeren Orten finden Versammlungen und Kundgebungen statt, die meist von der KPD organisiert, die Bildung einer Arbeiterregierung fordern.

17. September

In Weimar beginnen Verhandlungen zwischen VSPD und KPD zur Lösung der Regierungskrise in Thüringen.

18. September

Die VSPD veröffentlicht in Weimar ihr Programm zur Bildung einer Regierung für das Land Thüringen als Grundlage für die Verhandlungen mit der KPD.

21. September

In Weimar scheitern die Verhandlungen zwischen VSPD und KPD zur Lösung der Regierungskrise in Thüringen zunächst.

26. September

In Berlin wird der Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrkampf durch die Stresemann-Regierung beschlossen. Gleichzeitig wird über das gesamte Reich und somit auch Thüringen der Ausnahmezustand verhängt. Die Reichswehrführung weigert sich, die Autorität der Reichsregierung gegenüber Bayern durchzusetzen.

6. Oktober

Die KPD-Zentrale beschließt »alle Bedenken zurückzustellen« und in die Landesregierungen in Sachsen und Thüringen einzutreten.

8. Oktober

In einem Schreiben an den auch für Thüringen zuständigen kommandieren General des Fünften Wehrbezirkes, warnt der Verband der Mitteldeutschen Industrie vor dem Hintergrund der laufenden Koalitionsgespräche zwischen VSPD und KPD vor einer Regierungsbeteiligung der KPD.

11. Oktober

Die Verhandlungen zwischen VSPD und KPD werden in Weimar mit der Einigung auf ein gemeinsames Regierungsprogramm abgeschlossen.

13. Oktober

In Sachsen verbietet Reichswehrgeneral Müller, seit Verhängung des Ausnahmezustandes Inhaber der vollziehenden Gewalt, die proletarischen Hundertschaften.

16. Oktober

In Weimar bildet sich die Thüringer Arbeiterregierung aus VSPD und KPD mit Frölich als Ministerpräsident.

21. Oktober

Auf einer Betriebsrätekonferenz in Chemnitz scheitert der KPD-Vorsitzende Heinrich Brandler mit seinem Vorschlag, angesichts der beginnenden Besetzung Sachsens durch Reichwehrtruppen den Generalstreik aufzurufen. Damit sind die kommunistischen Revolutionspläne gescheitert. Die KPD-Zentrale fasst noch am gleichen Abend entsprechende Beschlüsse.

1923

23. bis 25 Oktober

Es kommt zum Hamburger Aufstand. Trotz des Beschlusses der KPD-Zentrale, keine Revolution durchzuführen, beginnt die KPD in Hamburg mit bewaffneten Aktionen, muss sich aber der Übermacht der Polizei ergeben.

23. Oktober

In Weimar konstituierten sich der Außerparlamentarische Ausschuss und die republikanischen Notwehren.

29. Oktober

Es kommt zur Reichsexekution gegen Sachsen.

31. Oktober

August Frölich protestiert in Weimar im Namen der Thüringer Regierung gegen die Absetzung der Regierung Zeigner in Sachsen und fordert eine Konferenz aller Ministerpräsidenten der Länder.

Ab 2. November

Reichswehrtruppen marschieren in Thüringen ein. Es folgen Verhaftungen und Hausdurchsuchungen. In den folgenden Wochen werden kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter und Abgeordnete des Landtages beider Parteien verhaftet und zahlreiche Wohnungen durchsucht.

8. November

Die SPD-Landtagsfraktion spricht sich im Ergebnis ihrer Sitzung für ein Ende der Zusammenarbeit mit der KPD aus.

9. November

Die KPD-Zentrale fordert die kommunistischen Minister auf, innerhalb von 24 Stunden zurückzutreten.

10. November

In Jena wird die KPD-Bezirksleitung durch die Reichswehr besetzt. Faktisch befinden sich die Thüringer Kommunisten seit dem 8. November in der Illegalität.

12. November

In Weimar treten die kommunistischen Regierungsmitglieder Tenner, Korsch und Neubauer aus der Arbeiterregierung aus. Die KPD-Bezirksleitung weicht nach Erfurt aus. Ihr Versuch, für den 13. November eine landesweite Protestaktion zu organisieren, scheitert.

18. Dezember

Thüringer Landbund, DNVP, DVP und DDP schließen sich zum Thüringer Ordnungsbund zusammen, der bei der vorgezogenen Landtagsneuwahl am 10. Februar 1924 die meisten Stimmen erhält. Bei der Bildung einer neuen Regierung ist er jedoch auf die erstmals in einen deutschen Landtag eingezogene Völkisch-Soziale Liste angewiesen.

Die Ordnungsbund-Regierung wird in den kommenden Jahren die von der Regierung Frölich eingeleiteten Reformen zurücknehmen und den Weg Thüringens in die NS-Diktatur mit vorbereiten.

Städtereister

- Altenburg 6, 7, 8, 19, 20
Apolda 6, 8, 34
Arnstadt 6, 8, 10
Bad Blankenburg 11
Bad Frankenhausen 34
Bad Langensalza 7, 15
Bad Sulza 8
Bürgel 8
Camburg 8
Coburg 8
Creuzburg 8
Eisenach 6, 8, 13, 14, 34
Eisenberg 6, 8, 20, 34
Erfurt 6, 10, 11, 13, 17, 19, 21,
22, 24, 29, 32, 33, 34, 39
Gera 6, 7, 8, 9, 10, 12, 16, 19,
20, 27, 29, 33, 34
Geraberg 20
Geschwenda 20
Gotha 6, 8, 9, 10, 12, 14, 15,
16, 17, 19, 21, 22, 23, 24, 29
Greiz 6, 7, 9, 12, 19, 20, 34
Halle 15, 24
Hermsdorf 20
Hildburghausen 20
Ilmenau 8, 20, 34
Jena 6, 8, 10, 16, 17, 19, 22, 24,
27, 29, 33, 35
Judenbach 8
Kahla 8, 20
Kranichfeld 8
Leina 6
Leipzig 17
Martinroda 8
Meiningen 7
Mechterstädt 22
Meuselwitz 15
Mühlhausen 6
Naschhausen 8
Neuhaus 20
Neustadt an der Orla 8, 27
Nordhausen 6, 7, 24
Pöfßneck 7, 8
Roda 8, 20
Rudolstadt 7
Saalfeld 6, 7, 8, 19, 34
Schleiz 20
Schmalkalden 21
Sömmerda 7, 22
Sondershausen 6, 7, 8, 9, 10, 34
Sonneberg 8, 20, 27
Stadtroda 8, 20
Stützerbach 8
Suhl 6, 17, 20, 21, 24
Weida 27, 34
Weimar 6, 8, 9, 10, 13, 14, 16,
19, 20, 21, 26, 28, 34, 36, 37
Weißensee 11
Zella-Mehlis 17, 20
Zeulenroda 19
Zickra 22
Ziegenrück 9